

**Deutscher
Gewerkschaftsbund**

Bundesvorstand

Abteilung
Wirtschafts-, Finanz- und Steuerpolitik

Stellungnahme des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB)

**zum Thema „Volkswirtschaftliche Auswirkungen der Euro-Staatschuldenkrise und neue
Instrumente der Staatsfinanzierung“**

Im Einzelnen:

- **Die Rolle des Bankensektors**
- **Konsequenzen für Steuereinnahmen und Refinanzierungsmöglichkeiten**
- **Auswirkungen auf die Konjunktur**
- **Die Rolle der wirtschaftlichen Ungleichgewichte zwischen Staaten**

anlässlich der öffentlichen Anhörung des Finanzausschusses
des Deutschen Bundestages am 9. Mai 2012

Berlin, 02.05.2012



Herausgeber:
DGB-Bundesvorstand
Abteilung Wirtschafts-,
Finanz- und Steuerpolitik

Verantwortlich:
Claus Matecki

Henriette-Herz-Platz 2
10178 Berlin

Fragen an:
Dr. Mehrdad Payandeh
Florian Moritz
Tel.: 0 30/2 40 60-247
Fax: 0 30/2 40 60-218
E-Mail: carina.ortmann@dgb.de

Einführung

Die europäische Integration befindet sich in der größten und schwersten Krise ihrer Geschichte. Die Situation in der Eurozone ist inzwischen alarmierend. Alle Wachstumsprognosen für die Eurozone sagen eine Rezession voraus. Die Hoffnung auf außereuropäische Wachstumsimpulse stoßen an ihre Grenzen. Die Schwellenländer, die selbst eine exportorientierte Entwicklungs- und Modernisierungsstrategie verfolgen kämpfen gegen Überhitzungsgefahren und müssen ihre Wachstumsdynamik eindämmen. Die USA befindet sich zwar dank einer aggressiven expansiven Geldpolitik auf einem Wachstumspfad, sind aber weder willig noch in der Lage, zum Wachstumsmotor für Europa zu werden.

Doch die europäische Krise erfährt Tag für Tag eine neue Eskalationsstufe. An dieser Eskalation der Krise trägt die Politik eine schwere Mitschuld. Alle Versuche der Politik und der EZB, mittels rigoroser Einsparungen die Finanzmärkte zu beruhigen und sie von der Richtigkeit und Notwendigkeit der Rettungsmaßnahmen zu überzeugen, schlagen bis heute fehl. Bestenfalls wurde mit den geschaffenen „Rettungsfonds“ Zeit gewonnen, ohne allerdings die tiefer liegenden Ursachen der Krise zu beheben. Die Eurozone droht deshalb an einem zutiefst undemokratischen, zaghaften, zögerlichen und falschen Krisenmanagement zu zerbrechen.

Das Krisenmanagement zielt bis heute darauf ab, den Ländern einen rigorosen Kurs von Lohn- und Sozialkürzungen aufzuzwingen, öffentliches Eigentum zu privatisieren und öffentliche Daseinsvorsorge abzubauen. Auch der geplante Fiskalpakt dient dazu, den Druck auf die öffentlichen Haushalte dauerhaft auf einem hohen Niveau zu halten und damit Ausgabenkürzungen zu erzwingen und zu legitimieren. Dass diese Politik zu Lasten der abhängig Beschäftigten geht, wird am stärksten deutlich, wenn man berücksichtigt, dass bis heute sehr hohe Einkommen und große Vermögen nicht zur Schuldentilgung herangezogen wurden.

Die Schere zwischen Arm und Reich öffnet sich weiter. Die Arbeitsmärkte werden dereguliert, der Kündigungsschutz gelockert, Niedriglöhne etabliert, Tarifautonomie untergraben und das Renteneintrittsalter angehoben. Mit diesem Schrumpfkurs wird der ohnehin geschwächten Weltwirtschaft massiv Kaufkraft entzogen. Wenn überall gespart wird, wenn überall gekürzt wird, gehen Umsatz und Geschäftsaussichten zurück. Investitionen und Innovationen bleiben aus, Produktionseinbrüche sind programmiert, eine Beschäftigungskrise folgt dann unausweichlich. Ohne Wachstum und Beschäftigung verlieren Staatsfinanzen ihr ökonomisches Fundament. Der Schuldenberg wächst, statt zu schmelzen. Von Haushaltskonsolidierung keine Spur.

Die Krise, die ihren Ursprung in der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise hatte, wurde offiziell umgedeutet: Nach offizieller Lesart handelt es sich jetzt um eine „Staatschuldenkrise“, die vor allem durch laxen Haushaltspolitik der Eurostaaten verursacht und entsprechend mit radikalen öffentlichen Ausgabenkürzungen zu bekämpfen sei. Als weiteres Kernproblem wird eine „mangelnde Wettbewerbsfähigkeit“ mancher Staaten identifiziert, die durch eine Senkung der Lohnkosten verbessert werden soll.

Diese offizielle Umdeutung führt dazu, dass die Kosten der durch Spekulation, Deregulierung und Liberalisierung verursachten Finanzkrise jetzt tatsächlich bei denjenigen abgeladen werden, die überhaupt keine Schuld an der Krise tragen: Die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Europa sollen Lohneinbußen hinnehmen. Sozial Schwachen und Rentnern werden aufgrund des öffentlichen Sparzwangs Leistungen gekürzt. Staatsausgaben, dringend nötige öffentliche Investitionen und Angebote für die Bürgerinnen und Bürger werden zurückgefahren.

Um eine deflationäre Entwicklung zu verhindern, die Krise zu beenden und wirkungsvolle, gerechte Lösungen für die Probleme der Eurozone zu schaffen, muss die Anti-Krisenpolitik einen komplett neuen Pfad einschlagen und in eine ganz andere Richtung steuern. Die ökonomisch unsinnige Spar- und Kürzungspolitik muss beendet und durch eine Investitions- und Modernisierungsoffensive ersetzt werden. Nachfrage und Wachstum schaffende Maßnahmen müssen im Mittelpunkt stehen. Qualitatives Wachstum statt Rezession, gute Jobs statt Entlassungen und Arbeitslosigkeit, gerechte Steuern statt Erhöhung von Mehrwertsteuern, öffentliche Infrastruktur statt maroder Städte und Gemeinden, gute Bildung und öffentliche Daseinsvorsorge statt Sozialabbau und Demontage des europäischen Wohlfahrtsmodells sollen für einen Kurswechsel stehen, den die deutschen Gewerkschaften auch im Interesse Deutschlands fordern.

Der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) hat seit dem Ausbruch der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise bereits auf diese Gefahren hingewiesen und einen Vier-Punkte-Plan vorgelegt, der zum einen das Fundament für eine nachhaltige Stabilisierung der Staatsfinanzen in der Eurozone legt und damit einen Konstruktionsfehler der Währungsunion beseitigt: Im Kern geht es um die Verankerung der EZB als Stabilitätsanker in der Eurozone. Zum anderen schlägt der DGB eine Investitions- und Modernisierungsoffensive in Europa vor. Denn europäische Staaten können ihre Haushalte nur über ein robustes und stetiges Wachstum und damit einhergehende Investitionen, Arbeitsplätze und Unternehmens- und Arbeitnehmer-einkommen konsolidieren. Ohne ökonomische Basis wird es keinen Schuldenabbau geben. Gepaart mit einem gerechten Steuersystem können in Europa dauerhaft mehr Steuereinnahmen generiert werden. Zudem müssen Finanzmärkte streng reguliert und die Wettgeschäfte eingedämmt werden.

Im Einzelnen:

Wachstum schaffen, Ungleichgewichte abbauen!

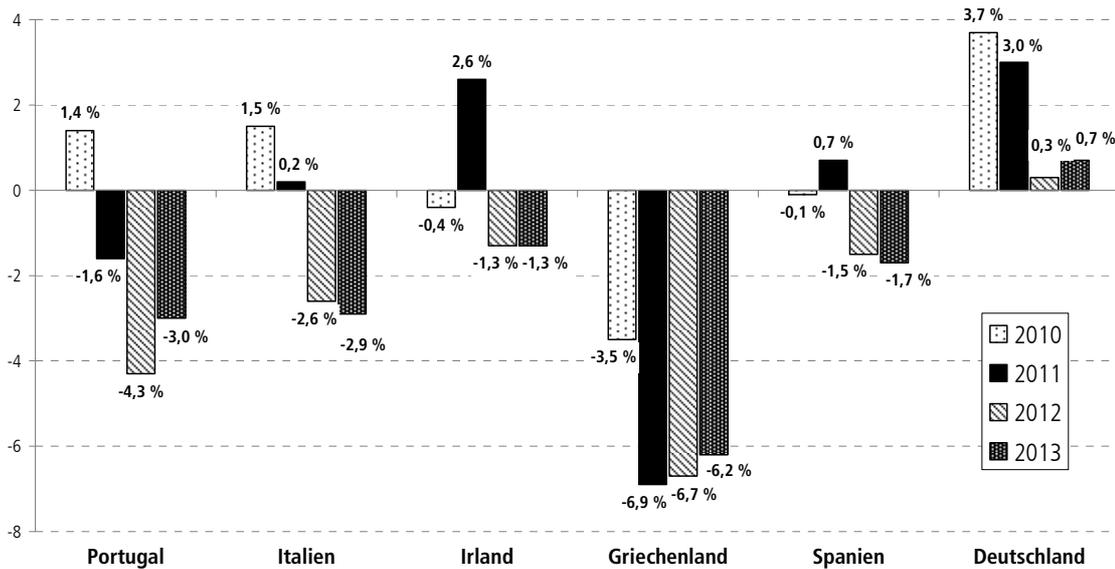
Der DGB warnt zusammen mit anderen Kritikern seit Jahren davor, auf die im Zuge der Finanzkrise angestiegene Staatsverschuldung mit radikalen Ausgabenkürzungen der öffentlichen Hand zu reagieren. Es ist sowohl theoretisch, als auch empirisch hinreichend nachgewiesen, dass scharfe Spar- und Kürzungsmaßnahmen die Nachfrage und damit die Konjunktur zum Einsturz bringen, was wiederum die Staatsfinanzen krisenbedingt belastet. Nach Ausbruch der globalen Finanzkrise schien die Erkenntnis gereift, dass es nicht möglich ist, sich „aus der Krise heraus zu sparen“ – damals wurde die Konjunktur durchaus erfolgreich mittels Ausgabenprogrammen gestützt. Trotz dieser positiven Erfahrungen wird jetzt wieder die alte Austeritätspolitik verfolgt. Das Ergebnis entspricht dem zu Erwartenden: Europaweit bricht die Konjunktur ein.

➔ Auswirkungen auf die Konjunktur in den einzelnen Mitgliedsländern

Besonders betroffen sind natürlich jene Länder, denen im Zuge der Vergabe von Hilfskrediten besonders krasse Sparmaßnahmen aufgezwungen wurden: In Griechenland ist das Bruttoinlandsprodukt (BIP) 2011 preisbereinigt um 6,9 Prozent gesunken und wird laut Prognosen des Instituts für Makroökonomie und Konjunkturforschung und anderer europäischer Institute in den kommenden Jahren weiter einbrechen. Ähnlich sieht es in Portugal aus. Auch in Irland, das im vergangenen Jahr noch ein Wachstum des BIP verzeichnete, machen sich die Kürzungen mittlerweile negativ bemerkbar. Wenn der Sparkurs wie geplant weitergeführt wird, die Maßgaben des Fiskalpakts und andere Beschlüsse tatsächlich umgesetzt werden, wird auch Deutschland nicht von der rezessiven Entwicklung im Euroraum verschont bleiben, wie die IMK-Prognose zeigt. Schließlich führt ein Nachfrageeinbruch in Europa über kurz oder lang auch zu einem Rückgang der deutschen Exporte.

Sparzwang lässt Wirtschaft einbrechen

Veränderung des BIP zum Vorjahr, preisbereinigt, Prognose



Quelle: IMK Report Nr. 71, März 2012

Obwohl verschiedene Akteure, darunter Gewerkschaften aber auch viele Ökonomen, sogar Wirtschafts-Nobelpreisträger, immer wieder auf die potentiell negativen Auswirkungen der Austeritätspolitik hingewiesen haben, wurden die Wirkung auf das BIP von der EU-Kommission und anderen Entscheidungsträgern regelmäßig massiv unterschätzt: In ihrem Anpassungsprogramm für Griechenland gingen Kommission und IWF im Mai 2010 noch davon aus, dass die griechische Wirtschaft im Jahr 2011 trotz Sparkurs „nur“ um 2,6 Prozent schrumpfen würde. Im Dezember 2010 musste die Kommission ihre Prognose auf einen Einbruch von 3,0 Prozent korrigieren. Im Juli 2011 wurden schon minus 3,8 Prozent prognostiziert, im Oktober 2011 dann minus 5,5 Prozent. Tatsächlich schrumpfte die griechische Wirtschaft 2011 allerdings um ganze 6,9 Prozent. Beim Packen des Sparpakets unterschätzten die EU-Offiziellen den damit einhergehenden Wirtschaftseinbruch also um 4,3 Prozentpunkte. Es kann deswegen auch nicht verwundern, dass die Europäischen Prognosen für die Steuereinnahmen und die mögliche Defizitreduzierung in Griechenland immer wieder korrigiert werden mussten.

Der radikale öffentliche Sparkurs, gekoppelt mit dem Druck auf die Löhne, Renten und Sozialsysteme hat zu einer sozialen Katastrophe in den betroffenen Krisenländern geführt: Die Arbeitslosenquote in Spanien beträgt fast 25 Prozent, in Griechenland offiziell fast 22 und in Portugal und Irland jeweils rund 15 Prozent. Besonders betroffen sind Jugendliche – in manchen Euro-Staaten ist jeder zweite junge Mensch arbeitslos. Auf diese Weise führt der Sparkurs zu höheren Kosten für die Bewältigung der Arbeitslosigkeit

und gleichzeitig zu geringeren Steuereinnahmen wegen der einbrechenden Wirtschaftsleistung. Ein zügiger Abbau der Haushaltsdefizite ist so kaum möglich.

→ **Reichtum mobilisieren, Investitionen finanzieren, Wachstum fördern, Arbeitsplätze schaffen**

Europa braucht einen Richtungswechsel. Die kontraproduktive Austeritätspolitik muss aufgegeben und durch ein langfristig orientiertes Programm für Wachstum und Beschäftigung ersetzt werden. Der DGB fordert in seinem „4-Punkte-Programm für einen Kurswechsel in Europa“, ein europäisches Zukunftsprogramm aufzulegen, dass Investitionen in zukunftsfähige Industrien und Dienstleistungen ermöglicht, Bildung und ökologische Modernisierung fördert und vor allem den Entwicklungsrückstand in den peripheren Regionen Europas beseitigt.

Ein solches Zukunftsprogramm vereint Elemente eines Konjunkturprogramms, einer Modernisierungsoffensive, eines Marshallplans für die krisengeplagten Länder und einer aktiven Arbeitsmarkt-, Bildungs- und Handwerkspolitik. Europas Zukunft muss dabei gemeinsam und europäisch gestaltet werden. Vordringlich sind Investitionen in die energetische Gebäudesanierung, erneuerbare Energien, energiesparende Maschinen und Anlagen, paneuropäische Infrastrukturprojekte sowie moderne und die Umwelt schonende Mobilitätskonzepte. In gleichem Maße sind auch flächendeckende soziale Dienstleistungen, der Ausbau von Kindergärten, Schulen, Hochschulen und Forschungsinstituten als Zukunftsaufgaben zu begreifen.

Zur Finanzierung müssen die enormen vorhandenen Geldvermögen mobilisiert und in produktive Bahnen gelenkt werden: In Europa wurde laut „Global Wealth Report“ der Allianz im Jahr 2010 ein Geldvermögen in Höhe von rund 28 Billionen Euro verwaltet. Für dieses Kapital soll eine neue, sichere Anlageform geschaffen werden – **eine europäische Zukunftsanleihe**. Sie soll dazu dienen, einerseits als sichere Anlage für Anleger zu dienen und andererseits diese Vermögensschwemme in die Realwirtschaft zu lenken. Damit können Investitionen, ein europäisches Konjunkturprogramm oder ein Marshall-Plan für Krisenländer sowie Programme gegen die Arbeitslosigkeit finanziert werden. Die Zukunftsanleihen werden von einem zu gründenden „Europäischen Zukunftsfonds“ emittiert. Damit der Zukunftsfonds am europäischen Anleihemarkt von Anfang an als erstklassiger Schuldner wahrgenommen wird, muss er zum einen ausreichend mit Eigenkapital ausgestattet sein. Zum anderen muss er über ausreichende und gesicherte Einnahmen verfügen, um jährliche Zinsverpflichtungen bedienen zu können.

a) Zur Finanzierung des Eigenkapitals des Fonds schlägt der DGB zwei alternative Modelle vor:

1. Das haftende Eigenkapital des Fonds wird durch ein einmaliges zinsloses Darlehen der Reichen finanziert. Jeder Reiche mit einem Vermögen ab 500.000 Euro (Ledige) bzw. 1 Mio. Euro (Verheiratete) gewährt dem Fonds ein zinsloses Darlehen in Höhe von drei Prozent seines Vermögens für eine Dauer von 10 Jahren. So stellen die Vermögenden ohne große Kosten einen dreistelligen Milliardenbetrag für das europäische Gemeinwohl zur Verfügung.

Während der 10 Jahre bildet der Fonds aus den laufenden Einnahmen und Zinserträgen, die von der EZB kommen, einen stabilen Kapitalstock, um auch nach 10 Jahren als erstklassiger Schuldner am Markt fungieren zu können.

2. Alternativ dazu wird das haftende Eigenkapital des Fonds durch eine einmalige Vermögensabgabe der Reichen finanziert, die in Höhe von drei Prozent auf Vermögen ab 500.000 Euro (Ledige) bzw. 1 Mio. Euro (Verheiratete) erhoben werden.

Das Eigenkapital wird von der Europäischen Investitionsbank verwaltet und lediglich zur Übersicherung der Zukunftsanleihen verwendet, die eine hohe Solvenz des Zukunftsfonds und die Erstklassigkeit von Zukunftsanleihen gewährleistet und damit zu einer niedrigen Verzinsung der Zukunftsanleihen beiträgt. Das Kapital wird bei der EZB sicher angelegt.

b) Zur Finanzierung der Zinslast durch die Emission von Zukunftsanleihen schlägt der DGB vor:

Als laufende Einnahmen können neue Steuerarten wie Finanztransaktionssteuer und/oder zusätzliche Steuermittel aus den Mitgliedstaaten dienen, die von den Investitionen besonders profitieren. Allein die Einführung einer Finanztransaktionssteuer würde laut Berechnungen der Europäischen Kommission mindestens 50 Mrd. Euro jährlich generieren. Diese Summe ist zwar beachtlich, dennoch angesichts des enormen Investitionsbedarfs in Europa gering, wenn sie direkt für Investitionen ausgegeben wird. Würden die jährlichen 50 Mrd. Euro aber für Zinsen auf „Zukunftsanleihen“ ausgegeben, dann können bei einer Verzinsung von 4 Prozent eine Summe in Höhe von 1.250 Mrd. Euro, bei einer Verzinsung von 3 Prozent 1.666 Mrd. Euro und bei einer Verzinsung von 2 Prozent sogar 2.500 Mrd. Euro mobilisiert werden. Die Hebelwirkung einer „Zukunftsanleihe“ verleiht dem Zukunftsfonds eine höhere Finanzkraft. Sie erzeugt zugleich eine Win-Win-Situation sowohl für Anleger als auch für die Staaten.

Die Euroländer können von so einem Programm in mehrerer Hinsicht profitieren: Es ist ein aktiver Beitrag zur Modernisierung der betroffenen Volkswirtschaften. Zum anderen fördern solche Investitionen Wachstum und damit Beschäftigung. Diese wiederum bilden das ökonomische Fundament für höhere Steuereinnahmen, die benötigt werden um einerseits das öffentliche Leben aufrechtzuerhalten und andererseits die Schulden abzubauen.

➔ **Die Rolle der wirtschaftlichen Ungleichgewichte zwischen den Mitgliedsstaaten**

Das Zukunftsprogramm leistet Investitions- und Aufbauhilfen für die von der Krise am härtesten getroffenen Staaten und ist damit ein zentrales Instrument zur Reduzierung der wirtschaftlichen Ungleichgewichte zwischen den EU-Mitgliedsländern. Insbesondere der Abbau der Handels- und Leistungsbilanzungleichgewichte in der Eurozone ist von großer Relevanz für die Stabilität des Währungsraums. In den vergangenen Jahren erwirtschaftete insbesondere Deutschland sehr hohe Leistungsbilanzüberschüsse, exportierte mehr, als es importierte. Diesen Überschüssen stehen zwangsläufig Defizite in gleicher Höhe in anderen Staaten gegenüber. Im Falle der Eurozone gehören insbesondere die Staaten, die heute Finanzierungsprobleme haben zu diesen Defizitstaaten. Leistungsbilanzdefizite gehen mit einer steigenden Auslandsverschuldung einher und erschweren unter Umständen die Finanzierungsbedingungen der betroffenen Staaten. Ungleichgewichte – hohe Überschüsse in einem und Defizite in einem anderen Land – sind daher nicht auf Dauer aufrechtzuerhalten. In einer Währungsunion führen sie zu enormen Spannung und zur Gefährdung der einheitlichen Währung.

Es ist wichtig und nicht zuletzt im Interesse der exportorientierten, deutschen Industrie, dass die Ungleichgewichte nicht durch eine Reduktion der Exporte in Deutschland und der Importe in EU-Defizitländern abgebaut werden, sondern durch eine Steigerung der Exporte in den Defizitstaaten und eine Erhöhung der Importe in Deutschland. Dazu muss insbesondere die deutsche Binnennachfrage – öffentliche und private Investitionen, vor allem aber die nach wie vor stagnierende private Konsumnachfrage – gestärkt werden. Dazu bedarf es höherer Löhne hierzulande, einer Zurückdrängung des Niedriglohnssektors, von prekären Minijobs und Leiharbeitsverhältnissen, sowie der Einführung eines gesetzlichen Mindestlohnes.

Leider wird auf europäischer Ebene – mit Unterstützung der deutschen Bundesregierung – die gegenteilige Strategie verfolgt. Es werden zwar Maßnahmen eingeführt, die dem Abbau der Leistungsbilanzungleichgewichte im Euroraum dienen sollen – beispielsweise der neu geschaffene „Mechanismus zum Abbau makroökonomischer Ungleichgewichte“. Diese Maßnahmen zielen aber fast ausschließlich darauf,

dass die Staaten mit Leistungsbilanzdefiziten Kosten – insbesondere die Lohnkosten – senken. Das führt zu einer niedrigeren Nachfrage in diesen Ländern und damit zu einem Sinken der Importe. Das wiederum kann bewirken, dass die deutschen Exporte in diese Länder ebenfalls abnehmen. Auf diese Weise würde die herrschende Politik zwar tatsächlich auch dazu beitragen, dass sowohl Leistungsbilanzdefizite, als auch Leistungsbilanzüberschüsse abgebaut werden – allerdings auf eine fatale Art und Weise: Während eine Erhöhung der Binnennachfrage und der Importe in Deutschland zu mehr Wachstum und Arbeitsplätzen in Europa beitragen würden, führt die herrschende Politik der Lohn-, Nachfrage- und Importsenkung seitens der Defizitländer zu einer rezessiven Wirtschaftsentwicklung und steigender Arbeitslosigkeit in Europa.

Krisenursachen beenden, Staatsfinanzierung garantieren

Die Finanzierungsprobleme mancher Staaten, die den Kern der jüngsten Krisenphase in Europa bilden, sind ebenfalls noch nicht gelöst. Die Zinslast wächst und verursacht massive fiskalische Probleme ausgerechnet für die Staaten, die sich in einer Rezession befinden und deshalb nicht in ausreichenden Maße Steuereinnahmen generieren können. Obwohl die EZB dem europäischen Bankensektor mehr als 1.000 Milliarden Euro zur Verfügung stellte in der Hoffnung, dass die Banken mit der billigen Geldspritze Staatsanleihen aufkaufen und so den Zins auf Staatsanleihen senken würden. Die erneuten Probleme Spaniens, sich am Markt zinsgünstig zu refinanzieren, zeigen die Unwirksamkeit der bisherigen Maßnahmen. Für den Ernstfall, dass sich ein Mitgliedstaat nur unter nicht hinnehmbaren Bedingungen refinanzieren kann, wurden mit EFSF bzw. ESM verschiedene „Rettungsfonds“ geschaffen und regelmäßig aufgestockt. Der Rettungsfonds konnte die Finanzierungsprobleme von bisher kleinen Krisenländern kurzfristig überbrücken und Zahlungsunfähigkeit bislang weitgehend verhindern. Die Ursache des Problems wurde aber nicht angegangen. Mögliche wirkungsvolle Maßnahmen, wie die Einführung gemeinsamer europäischer Anleihen (Eurobonds) und die Ausstattung der EFSF mit einer Banklizenz wurden stets abgelehnt. Dabei hätten diese Maßnahmen die Krise schnell beenden können und hätten auch die deutschen Steuerzahler weniger belastet.

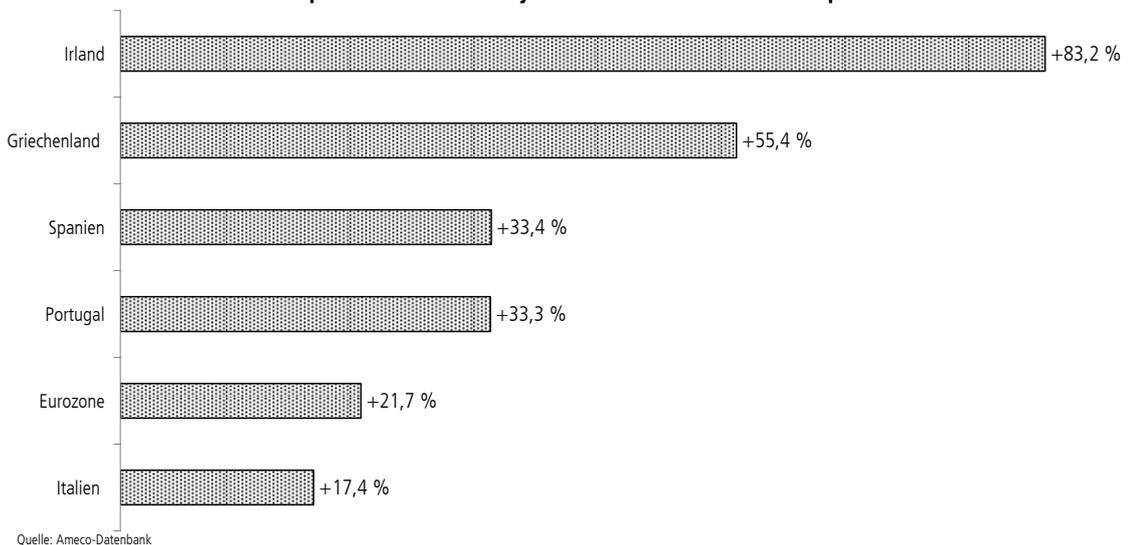
Die offiziellen Regierungs-Beschlüsse zur Bekämpfung der Krise in der Eurozone beruhen auf der Annahme, die Krise sei auf hohe Staatsschulden zurückzuführen, die wiederum durch „unsolide Haushaltspolitik“ angehäuft worden seien. Diese Diagnose ist in mehrfacher Hinsicht nicht korrekt.

→ Die Rolle des Bankensektors

Zum einen ist der jüngere Anstieg der Staatsverschuldung und der Haushaltsdefizite in der EU im Wesentlichen nicht auf unsolide Haushaltspolitik, sondern auf die durch Liberalisierung und Deregulierung der Finanzmärkte und Spekulation verursachte globale Finanz- und Wirtschaftskrise zurückzuführen. Wegen dieser Krise gingen in der Zeit nach 2007 die Steuereinnahmen zurück, gleichzeitig stiegen die Kosten der Arbeitslosigkeit, Konjunkturpakete mussten geschnürt werden, Banken wurden mit Milliarden-Summen aufgefangen. Die Staaten übernahmen anstelle der Verursacher die Kosten für die Krise, um den vollständigen Zusammenbruch des Finanzmarktes zu verhindern. Die hohe Staatsverschuldung ist deshalb maßgeblich Folge der Finanz- und Wirtschaftskrise.

Finanz- und Bankenkrise steigerte die Staatsschulden

Zunahme der Staatsschuldenquote vom Vorkrisenjahr 2007 bis 2011 in Prozentpunkten



Um die Volkswirtschaften künftig vor solchen Gefahren zu schützen, muss das ganze Finanzsystem, vor allem aber das Bankensystem streng reguliert und spekulative Geschäftsfelder eingedämmt werden. Denn die Ursachen der ursprünglichen Finanzkrise – die Deregulierung und Liberalisierung der Finanzmärkte, sowie die enorme Ungleichverteilung der Vermögen wurden immer noch nicht ausreichend bekämpft. Der DGB spricht sich deshalb dafür aus, dass alle am Finanzmarkt aktiven Finanzinstitute (Banken, Investmentfonds und Versicherungen) unter gleiche Mindest-Regulierungsvorschriften und Eigenkapitalquoten gestellt werden, damit keine Umgehungs- und Ausweichmöglichkeiten bleiben und Schattenbanksysteme erst gar nicht entstehen.

Die systemrelevanten Banken und Finanzinstitute sollen schrittweise zerschlagen werden, damit die Insolvenz eines einzigen Finanzinstituts nicht zur Insolvenz ganzer Volkswirtschaften führt. Banken sollen zu ihrer dienenden Funktion als Kreditgeber für die Realwirtschaft und als Brücke zwischen Ersparnissen der

Bürger und den Investitionen zurückgeführt werden. Deshalb müssen riskante Finanzgeschäfte massiv eingedämmt und der Eigenhandel der Banken mit ihren eigenen Finanzprodukten untersagt werden. Eine öffentliche Zulassungsstelle bei der Europäischen Finanzaufsicht muss eingerichtet werden, die die Finanzprodukte auf Kosten der Emittenten auf ihren volkswirtschaftlichen Nutzen hin prüft und gegebenenfalls verbietet.

Die Banken haben durch ihren privilegierten Zugang zum günstigen Zentralbankgeld die Möglichkeit, sich auf Kosten der Allgemeinheit zu sanieren. So erhalten sie gegen die Hinterlegung von nahezu jeder Art von Sicherheiten, einschließlich der Staatsanleihen aus allen Euroländern, unbegrenzt Zentralbankgeld zu Zinsen von einem Prozent für eine Dauer von drei Jahren. Dadurch können sie anders als Staaten der Insolvenzgefahr entgehen. Die Banken nehmen das billige Geld gern, kaufen aber keineswegs ausreichend Staatsanleihen und geben den niedrigen Zins nicht an die Krisenländer weiter. Die Zinsen auf Staatsanleihen betragen nahezu das Sechsfache.

Die Banken begründen ihre Zinsforderungen nach dem bekannten Muster: Die Märkte, so heißt es, seien angesichts der düsteren Wirtschaftsaussichten in diesen Ländern zutiefst verunsichert und verlangten deshalb höhere Risikoprämien, also höhere Zinsen. Nun stellt sich die berechtigte Frage: Welches Risiko, wenn die EZB ihnen unbegrenzt das billige Geld gegen die Vorlage gekaufter Staatsanleihen der Krisenländer verleiht? In Wahrheit sanieren die Banken ihre Bilanzen auf Kosten der Steuerzahler in Italien und Spanien.

Die Folgen: Die Wucherzinsen belasten die öffentlichen Haushalte. Die rezessionsbedingt sinkenden Steuereinnahmen müssen mehr und mehr für Zinszahlungen an Banken verwendet werden. Im Gegenzug werden Löhne, Renten und Sozialausgaben gekürzt und die öffentlichen Investitionen zurückgefahren.

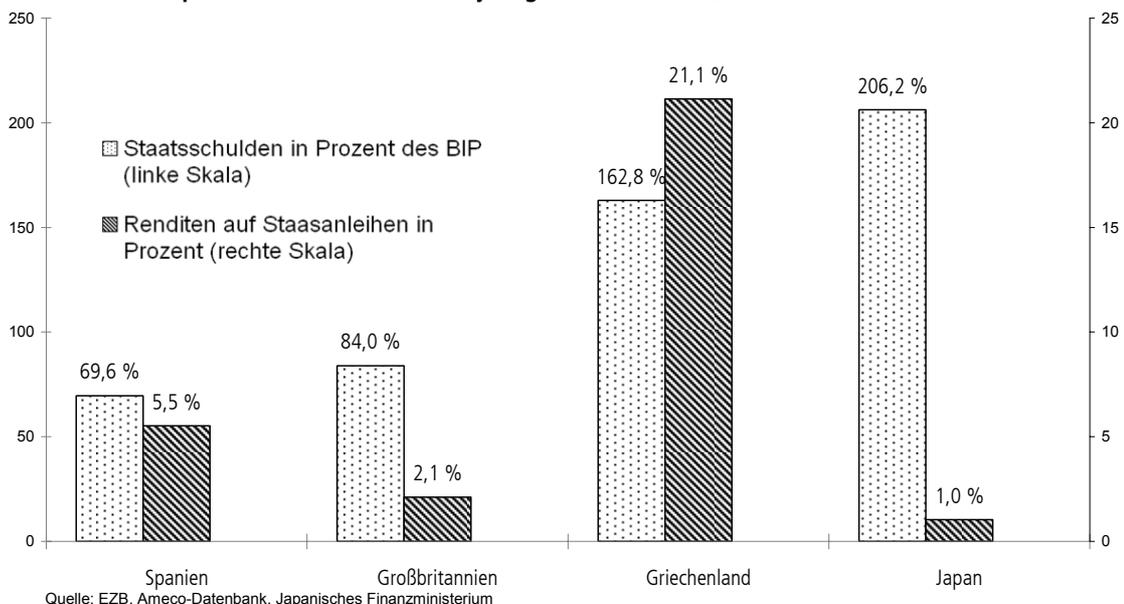
Das Ergebnis ist grotesk: die Armut wächst, der Konsum bricht ein, lokale Märkte kollabieren, Investitionen werden zurückgefahren, die Arbeitslosigkeit steigt. Die Wirtschaft schrumpft, Steuereinnahmen bleiben aus und am Ende wächst der Schuldenberg und damit der neue Kreditbedarf. Haushaltkonsolidierung? Fehlanzeige.

Die Banken missbrauchen ihren privilegierten Zugang zum Zentralbankgeld. Das muss sich ändern. Banken muss dieses Privileg wegnehmen, indem der Rettungsfonds EFSF bzw. ESM mit einer Banklizenz ausgestattet wird.

→ Konsequenzen der Krise für die staatlichen Refinanzierungsmöglichkeiten

Der verengte Blick auf die Staatsverschuldung seitens der herrschenden Politik und die Maßnahmen zu deren Bekämpfung (Fiskalpakt, Verschärfung des Stabilitäts- und Wachstumspaktes...) gehen auch am Kern des Problems in der Eurozone vorbei. Kern der Krise ist, dass einige Staaten sich nicht (oder nur zu unbezahlbaren Zinssätzen) an den Finanzmärkten durch Platzierung von Staatsanleihen refinanzieren können. Das Misstrauen der Anleger gegenüber einigen Staatsanleihen ist aber keineswegs eindeutig auf die teilweise hohe Staatsverschuldung zurückzuführen. Spanien hat gemessen am BIP beispielweise geringere Staatsschulden als Deutschland und muss dennoch viel höhere Zinsen an den Finanzmärkten zahlen. Japan, dessen Schuldenquote deutlich über 200 Prozent liegt, hat hingegen extrem niedrige Refinanzierungskosten.

Hohe Schulden müssen nicht zu hohen Zinssätzen führen Staatsschuldenquote und Renditen auf zehnjährige Staatsanleihen, Dezember 2011



Es sind also andere Gründe für das Misstrauen gegenüber Staatsanleihen einiger Euro-Länder verantwortlich. Darunter: Allgemeine Unsicherheit wegen unklarer politischer Entscheidungen und regelmäßiger Ankündigungen eines Schuldenschnitts, Spekulation gegen Euro-Staaten mit Credit Default Swaps (CDS) und realwirtschaftliche Probleme in einigen Staaten der Eurozone. Ein wichtiger Unterschied der Eurozone zu Großbritannien oder auch Japan ist, dass die für die Eurozone zuständige Europäische Zentralbank (EZB) es im Gegensatz zu den Zentralbanken der anderen Staaten explizit ablehnt, als „Gläubiger der Letzten Instanz“ für Staaten zu agieren. Während Anleger in Japan, Großbritannien oder den USA darauf

vertrauen können, dass die Zentralbank der Regierung bei ernststen Finanzierungsproblemen beispringt, die Staatsanleihen also als ausfallsicher gelten können, ist das in der Eurozone nicht der Fall.

Zinsgünstige Refinanzierung organisieren

Der Eurozone fehlt ein Stabilitäts- und Rettungsanker, der die Märkte beruhigt, an dem sich alle Anleger orientieren. Es fehlt eine glaubwürdige Institution, die den Kurs vorgibt und die Zinsen für Staatsanleihen auf ein volkswirtschaftlich verträgliches Niveau drückt. Die Rettungsfonds EFSF und ESM sind trotz erneuter Aufstockung in der jetzigen Form weder in der Lage, die Anleger zum Kauf von Staatsanleihen der Krisenländer zu überzeugen noch verfügt sie selbst über Finanzmittel, um als Käufer letzter Instanz Staatsanleihen zu kaufen. Die einzige Institution, die diese Funktion glaubhaft ausüben kann und an der sich die Märkte orientieren werden, ist die Europäische Zentralbank. Sie ist und bleibt der Dreh- und Angelpunkt jeder vernünftigen Lösung in der gegenwärtigen Krise. Jede Zentralbank ist in einer entwickelten Volkswirtschaft der einzig glaubhafte Kreditgeber letzter Instanz. Nur sie kann unbegrenzt Staatsanleihen aufkaufen. Nur sie kann den Märkten Orientierung geben. Nur sie kann das Ausfallrisiko beim Erwerb von Staatsanleihen glaubhaft ausschließen. Deshalb muss die EZB nicht nur gegenüber den Banken, sondern auch gegenüber den Staaten als Kreditgeber der letzten Instanz (Lender of Last Resort) fungieren und ausreichend Liquidität bereitstellen.

Rettungsfonds (EFSF/ESM) mit einer Banklizenz ausstatten

Die Satzung der EZB untersagt ihr heute den direkten Ankauf von Staatsanleihen. Damit kann die EZB ihre Funktion als Kreditgeber letzter Instanz nicht wahrnehmen. Deshalb schlagen wir vor, dass der Rettungsfonds (EFSF) mit einer Banklizenz ausgestattet wird, um sich wie jede andere Geschäftsbank bei der EZB refinanzieren zu können. Dadurch kann der Rettungsfonds seine Kreditkapazität unbegrenzt ausweiten und notfalls unbegrenzt zu günstigen Bedingungen die Staatsanleihen aufkaufen, ohne auf Steuergelder angewiesen zu sein.

Kostenlose Kreditausfallversicherung gegen die Akzeptanz niedriger Zinsen

Um die verunsicherten Anleger zum Kauf von Staatsanleihen aktiv zu bewegen, soll der Rettungsfonds (EFSF/ESM) zusätzlich zu einer Kreditausfallversicherung ausgebaut werden. Der Rettungsfonds kündigt an, dass er allen Anlegern eine kostenlose Kreditausfallversicherung anbietet, wenn sie ebenfalls zu diesem EFSF/ESM-Zinssatz die Staatsanleihen aufkaufen. Der Rettungsfonds bietet den Anlegern kostenlose

100-prozentige Sicherheit gegen die Akzeptanz eines politisch festgesetzten niedrigen Zinssatzes. Er gilt dann als Zinsobergrenze für alle Staatsanleihen der Eurostaaten und als Preis für die Kreditausfallversicherung.

Mit der EFSF-Doppelfunktion als Bank und Kreditausfallversicherung entfällt das Risiko der Insolvenz eines Krisenlandes und damit des Ausfalls der Schulden fast vollständig. Der drohende Bankenkollaps ist gebannt. Die monetäre Stabilisierung der Eurozone würde das Vertrauen in die Handlungsfähigkeit der Politik wiederherstellen und eine allgemeine Zuversicht auslösen. Das würde Wachstum und damit Beschäftigung fördern und ein ökonomisches Fundament für ein solides Haushalten vor allem in den Krisenländern legen.

Eurobonds einführen

Mittelfristig benötigt der gemeinsame Währungsraum einheitliche Eurobonds. Diese Eurobonds würden die nationalen Staatsanleihen langfristig ersetzen und damit die unterschiedlich teure Finanzierung der Staatsschulden beenden. Da die Euroländer gemeinsam am Markt auftreten und die Anleihen gemeinsam garantieren, entfallen die hohen Risikoprämien für die schwächeren Staaten. Ihre Zinslast ist folglich niedriger. Ohne Risikoprämienaufschläge sinken die Renditen der Papiere auf eine ökonomisch hinnehmbare Größe – und zwar für alle. Mit der Einführung von Eurobonds wird ein einheitlicher Markt für Staatsanleihen geschaffen, an dem sich alle Länder unter gleichen Bedingungen finanzieren können. Die Euro-Staaten könnten bis zur langfristigen Auflösung der nationalen Staatsanleihen dann bis zu einer Verschuldungsquote von 60 Prozent ihres Bruttoinlandsprodukts von den niedrigeren Zinsen der Eurobonds profitieren. Länder mit Leistungsbilanzüberschüssen dürften diesen Wert noch um die Höhe ihres Leistungsbilanzüberschusses überschreiten. Kredite darüber hinaus sind möglich, würden aber nicht als Eurobonds begeben und in den meisten Fällen vom Markt mit einem Zinsaufschlag versehen. Die Finanzierung über Eurobonds wird an Auflagen geknüpft, die dazu dienen sollen, die Leistungsbilanzdifferenzen im Euroraum zu reduzieren. Die Eurobonds sollen von einer neu zu gründenden „Europäischen Finanzagentur“ aufgelegt werden.

Ein Euroraum mit Eurobonds birgt zwar das Risiko, dass die Zinsen für den deutschen Staat steigen könnten. Der Zinsaufschlag für Eurobonds würde sich jedoch in Grenzen halten und wäre ein kleiner hinnehmbarer Nachteil im Vergleich zu dem wirtschaftlichen Fiasko eines zerfallenden Euroraums.